

# Die Zukunft der Stadt im Fokus der Bürger

- Einwohner Mühlackers debattieren über Entwicklungspotenziale.
- Teilnehmerzahl lässt allerdings sehr zu wünschen übrig.

NORBERT KOLLROS | MÜHLACKER

In der Relation zur Einwohnerzahl der Kernstadt hatte die siebte und letzte Zukunftswerkstatt im Rahmen des Mühlacker Bürgerbeteiligungsprojekts mit weniger als 30 Teilnehmern eine äußerst schwache Resonanz. Dafür verantwortlich waren laut offiziellen Angaben allerdings auch einige krankheitsbedingte Absagen.

Die Diskutanten freilich beschäftigten sich nicht minder intensiv mit den Zukunftsfragen der Stadt, etwa wie's mit der Wohnbau- und Gewerbeentwicklung unterm Sender weitergeht.

Gleich in mehreren Gruppen wurde das Flächenmanagement behandelt und eine rasche Entscheidungsfindung im Gemeinderat eingefordert. Da zeigte sogar der DGB-Kreisvorsitzende und Ur-Mühlackerer, Wolf-Dietrich Glaser, als Sprecher einer Arbeitsgruppe deutlich Flagge: Oberste Priorität sollte eine „schnelle Entscheidung“ über neue Gewerbeflächen „im Umfeld der Waldäcker“ haben, denn von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen sei die Finanzierung jeglicher Infrastruktur in der Stadt abhängig, gab er die Stimmung in seiner Gruppe wieder. Und nicht minder drängend sei die Realisierung des Wohngebiets auf der Ziegeleibrache.

Den Finger in eine andere Wunde legte im Zusammenhang mit Baugrundstücken der Berichterstatter einer weiteren Gruppe: Dort wurde die Vorratshaltung von Grundbesitz für Nachkommen in der Familie kritisiert, was unterbunden gehöre. Ob vielleicht ein städtisches Förderprogramm die Bereitschaft zur Veräußerung von Grundstücken ankurbeln würde, wurde in den Raum gestellt.



Eine überschaubare Runde hat sich am Samstag in der Mörike-Realschule mit den Zukunftsthemen der Kernstadt befasst. Im Lichthof stellte Wolf-Dietrich Glaser, einer der Berichterstatter aus den Gruppen, die Vorstellungen aus seiner Runde zum städtischen Flächenmanagement vor.

Ein ganz anderes Thema war die Situation des öffentlichen Nahverkehrs – etwa der Abbau von Tarifhürden infolge von Verbundgrenzen, ein besseres Linienangebot und kürzere Verkehrstakte sowohl innerstädtisch als auch ins Umland oder auch Anbindungen an Metropolen wie Stuttgart und Karlsruhe zu nachtschlafender Zeit, also ein Angebot für „jüngere Nachtschwärmer“, die sicher liebend gern aufs Auto verzichten würden.

## Sorgen um die Sicherheit

Innerstädtisch erscheint die öffentliche Sicherheit und Ordnung verbesserungswürdig, wurde gleichfalls in nicht nur einer Gruppe thematisiert. Eine „zu lasche“ Geschwindigkeitsüberwachung wurde etwa kritisiert oder auch die politische Bereitschaft vermisst, einen Einbahnstra-



„Etliche der angesprochenen Punkte sind bereits Gegenstand der kommunalpolitischen Diskussion.“

Oberbürgermeister Frank Schneider

ßen-Ringverkehr in Bezug auf Bahnhof- und Hindenburgstraße zumindest zu testen. Oder der Transport von Kindern zu ihren Horts oder Schulen mittels „Elterntaxi“ angeprangert.

Doch es wurde beileibe nicht nur kritisiert: Die Stadt könnte eine neue Art Öffentlichkeitsarbeit leisten, etwa mittels eines Newsletters, der auf elektronischem Weg auf den heimischen Computer abonniert werden könnte. Ein weiterer Vorschlag war eine „Bürger-App“ fürs Smartphone. Auch die Vorstellungen der Bürger hinsichtlich ihrer kulturellen Wünsche in der Stadt sollten auf breiter Basis erörtert werden, als Basis für eine Entscheidung in Sachen neuer Stadthalle oder Mühlehof-Reaktivierung.

Zum Thema Integration von Menschen mit Migrationshintergrund wurden diverse Vorschläge erörtert – vom interkulturellen Fest oder Markt der Nationen bis hin zum Angebot einer „integrativen gastronomischen Einrichtung“, die auch Beschäftigungsangebote für Migranten böte. In dem

Zusammenhang kam auch ein Projekt zur Sprache, das ein von Bürgern ehrenamtlich bewirtschaftetes Lokal zum Inhalt haben könnte. Mit entsprechendem finanziellem Engagement der Stadt könnte hierbei konkret an die Burggaststätte gedacht werden – auch im Hinblick auf ein gastronomisches Angebot bei „Kultur auf der Burg“.

Oberbürgermeister Frank Schneider meinte in seiner kurzen Replik, etliche Punkte erkannt zu haben, die sich auch schon in der kommunalpolitischen Diskussion befänden. Konkret zur Forderung nach neuen Gewerbeflächen betonte er, dass jetzt nach dem formell gescheiterten Bürgerentscheid im Gemeinderat die Entscheidung fallen müsse. Gleiches gelte für die Mühlehof-Zukunft oder den möglichen Erwerb des Ziegeleigeländes.